

Deutschland.

Berlin, 25. August. Trogdem daß in letzter Zeit von der preussischen Presse gegen den Grafen Bismarck ein sehr milder Ton angeschlagen, ja man kann sagen, die Polemik ganz eingestellt worden ist, enthält ein anerkanntes offizielles österreichisches Blatt, die „Neue freie Presse“, in ihrer letzten Nummer wieder einen sehr heftigen und hämischen Artikel gegen den Grafen Bismarck. — Durch eine königliche Ordre aus dem Jahre 1867 ist dem Kriegsminister die Befugnis erteilt worden, eine Reihe von Gegenständen selbstständig zu erledigen. Durch eine neuere Ordre hat jetzt auch der Marineminister die Befugnis erhalten, die verwandten Gegenstände des Marine-Resorts (Anträge auf Zulassung fremdherlicher Offiziere und Beamten zu den Marine-Etablissements, Anträge auf Bewilligung von Verpflegungs-Zuschüssen u. s. w.) in derselben Weise und zwar nach den für das Kriegsministerium vorgeschriebenen Normen zur selbstständigen Erledigung in die Hand zu nehmen. — Dem Bundeskanzler-Amt war als patriotische Gabe eines Süddeutschen in Begleitung eines anonymen Schreibens die Summe von 100 Thaler eingesendet worden. Dieses Geschenk ist vom Bundesrath des norddeutschen Bundes durch Vermittelung des Marine-Ministeriums der Marine-Establissements „Frankfurt-Elberfeld“ zugewiesen worden. — Die Pöbel-Exzesse gegen das Kloster in Moabit haben viele katholischen Eltern in der Provinz, die ihre Kinder der hiesigen katholischen Erziehungsanstalt der Ursulinerinnen anvertraut haben, sehr beunruhigt gemacht, wie aus Briefen derselben hervorgeht. Sie scheinen auch Exzesse gegen diese vortreffliche Anstalt zu befürchten. Dergleichen Besorgnisse werden sich nun zwar nicht verwirklichen, man sieht aber doch hieraus, was dem hiesigen ehrenwerthen Publikum und den Agitatoren, die hinter ihm stehen, Alles angetraut wird.

Berlin, 25. August. Die ministerielle „Prov.-Correspondenz“ schreibt: Die Stadt Frankfurt a. M., welche in Folge der Ereignisse von 1866 dem preussischen Staatsgebiete einverleibt worden, hat sich bekanntlich nur mit Widerstreben in die neue Ordnung der Dinge gefügt. Ein Theil der Bevölkerung schien für den nationalen Aufschwung Deutschlands und für die patriotische Aufgabe, welche der ehemals freien Reichsstadt durch ihre besondere Lage als Vermittlerin zwischen Nord und Süd zugewiesen war, kein Verständnis zu haben. Obwohl die Regierung es nicht an Bemühungen fehlte, um den Anschluß der neuen Staatsangehörigen an Preußen zu erleichtern, und obwohl das überaus huldreiche Entgegenkommen unseres Königs ganz besonders geeignet war, die Herzen der neuen Landesfinder zu gewinnen, so blieb doch in manchen Kreisen eine durch Vorurtheil und Parteilumtriebe unterhaltene Mißstimmung zurück. Für die Einmüthigkeit der Unzufriedenen ist vorzugsweise die Thatsache bezeichnend, daß sie kein Mittel unversucht lassen, um sich und ihre Angehörigen den Anforderungen des Staates und namentlich der Wehrpflichtigkeit zu entziehen. Wenn die Beteiligten sich zur wirklichen Auswanderung entschließen, so finden sie auf diesem offenen und gesetzlichen Wege kein Hinderniß. Dagegen darf die Regierung, ohne das Ansehen der Obrigkeit und die Rechte der übrigen Staatsbürger zu schädigen, nicht ruhig geschehen lassen, daß Frankfurter Einwohner — wie dies jetzt mehrfach vorkommt — für ihre noch nicht im militärischen Alter stehenden Söhne die Entlassung aus dem preussischen Unterthanen-Verbande einholen und das Bürgerrecht in einem schweizerischen Kantone käuflich erwerben, ohne daß für die Letzteren ein Verlassen des bisherigen Wohnortes und an Einwanderung in das angeblich neue Heimathland gedacht wird. Um solchen Mißbräuchen zu steuern, hat die Polizei-Behörde in Frankfurt angeordnet, daß die Ausweisung der entlassenen Staatsangehörigen, welche sich unter dem Deckmantel einer scheinbaren Auswanderung nur der Militärpflicht entziehen wollen, nach Ablauf einer sechsmonatlichen Frist erfolgen soll. Es ist für jeden Unbefangenen klar, daß die preussische Behörde durch ein solches Einschreiten weder nach innen, noch nach außen einem gültigen Recht zu nahe tritt, sondern nur einem unredlichen Verfahren entgegenwirkt, das für eigennützige Zwecke die Rechtswohlthaten zweier Länder ausbeutet, während es den gesetzlichen Einrichtungen beider Länder durch Umgehung Hohn spricht. Den Bewohnern Frankfurts wird, so weit sie den gesetzlichen Vorschriften genügen, die Befugnis, sich oder ihre Angehörigen eine neue Heimath aufzusuchen, in keiner Weise beschränkt, falls dieselben thatsächlich zur Auswanderung schreiten. Dagegen ist es nicht zu dulden, daß reiche Staatsangehörige im Auslande gewissermaßen einen Freibrief für die von ihren Söhnen abzuleitende Militärpflicht erkaufen und dadurch ihren Mitbürgern gegenüber die gesetzlich vorgeschriebene gleiche Vertheilung der Lasten verweigern. Noch weniger kann von einer Vereinfachung oder Beilegung der Schweiz die Rede sein. Preußen ist durch keinen Vertrag gebunden, den Angehörigen d. r. Schweiz überhaupt den Aufenthalt im

Gebiet des Königreichs ohne Beschränkung zu gestatten. Hier handelt es sich aber vollends nur um einzelne Personen, welche sich in Wirklichkeit gar nicht um die Staatsverträge des Eidgenossenschaft anschließen, sondern sich von dem Boden ihres vorgeblichen neuen Heimathlandes völlig fern halten. Diese Personen gehen vom sittlichen Standpunkt gar keiner Nation an, welche nur Rechte verlangen, ohne den entsprechenden Pflichten zu genügen; sie haben daher weder auf die Ehre der schweizerischen Namens, noch auf den Schutz des schweizerischen Bürgerrechts Anspruch.

Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Es ist in Frage gekommen, ob mit Rücksicht auf den Stand der Angelegenheiten in der Provinz Preußen die Abhaltung der großen Herbstübungen für die dort stehenden Truppenteile nicht stattfinden können. Die Frage ist von den Staatsbehörden in ernste Erwägung genommen, und von der landesverwaltlichen Fürsorge unseres Königs sind die Beschlüsse zu erwarten, welche notwendig erscheinen werden, um die Gefahr einer weiteren Verbreitung der Ankerpest abzuwenden. Zur Zeit ist der Umfang des von der Seuche betroffenen Gebietes nicht so groß, daß die Abstellung der Manöver für unbedingt geboten erachtet werden müßte, und die schließliche Entscheidung der Majestät wird daher von dem ferneren Verlauf der Krankheit abhängen.

Der vierte norddeutsche Handwerkerkongress wird in Halle an der Saale am 29., 31. und 22. Septbr. stattfinden.

Auf der in Baireuth abgehaltenen Hauptversammlung des Gustav-Adolph-Vereins ist das „Liebeswerk“ im Betrage von 5300 Thlr. den Evangelischen in Madrid zuerkannt worden. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Stettin gewählt.

Die heute ausgegebene „Prov.-Correspondenz“ schreibt: Die Vorarbeiten für die bevorstehende Landtags-Sitzung sind in allen Ministerial-Departements rüstig gefördert worden und der Abschluß derselben muß um so mehr beschleunigt werden, als die Einberufung des preussischen Landtags schon für die ersten Tage des Monats Oktober in Aussicht genommen ist. — Der Zusammentritt des norddeutschen Reichstages dürfte mittelbar nach Beginn des neuen Jahres erfolgen, falls bis dahin der preussische Landtag seine Aufgaben erledigt hat. — Der Bundesrath des norddeutschen Bundes wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Monats September seine Beratungen aufnehmen, da derselbe nach den Bestimmungen der Gewerke-Ordnung, welche mit dem Oktober d. J. in Kraft treten soll, die auf Prüfung der Akte und Apotheker bezüglichen Vorschriften festzulegen hat.

Königsberg, 24. August. Am Sonntag sind die litauischen Dragoner und das litauische Ulanen-Regiment hier eingetroffen. Gestern Vormittag marschirte das ostpreussische Jägerbataillon von Braunsberg ein. Es beginnen nun die Übungen in den Brigaden, die mit Sonnabend zum Abschluß gelangen. Sodann wird die ganze Division Montag in die Mandovtertains rücken.

Sauter, 23. August. Ein eigenthümlicher Prozeß schwebt gegenwärtig hier. Die hiesige evangelische Gemeinde hatte das sogenannte Kantorland, welches unmittelbar hinter dem evangelischen Kirchhofe gelegen ist, mit der Bedingung an die jüdische Korporation verkauft, daß dem evangelischen Prediger der über jenes Land hinweg auf sein Land führende Fußweg zur Benutzung bleiben und zu diesem Behufe in der neuen hinteren Umwallung von der letzteren eine verschließbare Pforte angebracht werden solle, deren Schlüssel dem evangelischen Prediger zu übergeben sei. Die Pforte ward hergestellt, aber sofort wieder mit starken Drahtnägeln vernagelt. Auf Antrag des evangelischen Predigers erhielt nun der Kirchendiener vom Kirchenrathe den Auftrag, die Pforte loszulösen und bei Seite zu stellen. Diesem Auftrage nachkommend, bemerkte er auf dem Fußstege, unmittelbar vor der Pforte, einen Erdbügel, führt aber demungeachtet seinen Auftrag aus. Nunmehr läßt die Korporation die Pforte durch zwei eiserne Stangen und große Nägel von Neuem vernageln, weil ihrer Angabe nach auf dem Fußstege eine Leiche begraben ist. Der Bürgermeister, von dem Vorfall in Kenntniß gesetzt, fordert die Korporation auf, die Pforte zu öffnen und mit Schloß und Niegel zu versehen, jene Leiche aber auf anderem Wege zu bestatten. Der ersten Aufforderung kam die Korporation schließlich nach, weigert sich jedoch in Betreff der letzteren entschieden, weil das Umsetzen von Leichen wider jüdischen Aulus sei. Beide Gemeinden haben gegenseitig wegen Verhinderung geklagt und man ist auf den Ausgang gespannt.

Hamburg, 25. August. Der „Hamburgrr Korrespondent“ erfährt von kompetenter Seite, daß die Aufnahme eines Theils des Altonaer Stadtgebietes in den Zollverein von dem Bundesrath des Zollvereins genehmigt worden ist.

Dresden, 24. August. Das „Dr. J.“ schreibt: In Bezug auf das in den Burgler Bergwerken

im Plauenschen Grunde vorgekommene Unglück hören wir, daß das Gerichtsamt Döhlen als Kriminalpolizei-Behörde sofort, nachdem das Unglück geschehen war, die Erörterungen auch darauf erstreckt hat, ob irgend Jemandem eine Verschuldung hierbei zur Last falle. Diese Erörterungen sind, gesetzlicher Vorschrift zufolge, in den letzten Tagen der Staatsanwaltschaft zu Dresden vorgelegt worden. Der Staatsanwalt Krostschmer hat sich gestern an Ort und Stelle begeben, um die Vervollständigung der Erörterungen zu bewirken. Es ist daher hier allenthalben in Gemäßheit des Gesetzes verfahren worden.

Chemnitz, 23. August. (Kr.-Ztg.) Das „Chemn. Tagebl.“ berichtet: Am vergangenen Sonnabend fand im Saale des Ivoli eine Volksversammlung statt, in welcher Zielowski aus Berlin ein Referat über die Vorgänge vor und auf dem Kongresse zu Eisenach gab. Nach längerer Debatte wurde schließlich folgende vorgeschlagene Resolution zum Beschluß erhoben: „Die Chemnitzer Arbeiter sagen sich von Dr. Schweitzer, von Mendel und von der Gräfin Hapsch los und übergeben diese drei Personen dem ganzen Arbeiterstande der gebührenden Verachtung.“ (Danach scheinen hier die Rebellen das große Wort geführt zu haben. Die „Verachtung des ganzen Arbeiterstandes“ ist übrigens von beiden Seiten schon so abgemußt worden, daß das Bannurtheil seinen Effect verloren hat.)

Leipzig, 23. August. Ein überaus beklagenswerther Selbstmord ist hier vorgekommen. Bei verschiedenen Geldauszahlungen, welche die 24jährige unbescholtene Tochter des hiesigen Einwohnern H. kürzlich für einen feinen Modeschmuck ihres Schwagers zu besorgen hatte, fehlten dem Mädchen schließlich 20 Thaler. Sofort nach Bekanntwerden des Defizits verschwand auch die H., und es entstand der Verdacht, daß sie, um sich dem Vorwurfe einer Unredlichkeit zu entziehen, den Tod gesucht haben möge. Diese Vermuthung hat denn auch leider dadurch Bestätigung gefunden, daß man die Leiche des armen Mädchens am 23. d. M. Nachmittags aus dem Pleißenflusse herausgezogen hat. Inzwischen war alsbald nach dem Verschwinden der H. das Defizit dadurch aufgeklärt worden, daß einer der Geldempfangen sich mit der Erklärung meldete, er habe 20 Thaler zu viel erhalten.

Wien, 25. August. Die „Neue freie Pr.“ veröffentlicht einen Erlaß des Ministers des Innern an die Landesherren, worin derselbe ausführt, daß der gegenwärtige Stand der Gesetzgebung der Regierung nicht gestattet, auf eine Verminderung der Feiertage hinzuwirken. Es müsse der Einsicht der Bevölkerung überlassen bleiben, sich der überflüssigen Feiertage zu enthalten. Die Behörden haben bezüglich ihrer Amtshandlungen jeden nicht gebotenen Feiertag zu ignoriren, und vorkommenden Falls die Bevölkerung in diesem Sinne zu beeinflussen.

Pesth, 24. August. Der König (Kaiser) wird heute Abends hier eintreffen, morgen die Honveds inspizieren und sich alsdann in das Lager von Budaköves vor dem Obergerichtshof.

Paris, 25. August. Das „Journal officiel“ meldet, daß die Kaiserin und der Kaiserliche Prinz auf ihrer Reise nach Korsika gestern Abend in Lyon eingetroffen sind.

Paris, 25. August. Der Kaiser hat heute Morgen einem Ministerrathe präsidirt. — Im Senat ist der Bericht Devienne's verlesen worden. Die bewirkten Modifikationen des Senatskonkults sind mit den bekannten Berichten übereinstimmend. Der Bericht sagt: Die Kommission hat das Amendement, welches dahin geht, die Verechtigung der Regierung, die Maires außerhalb des Municipalsaltes zu wählen, aufzuheben, nicht angenommen. Der Bericht konstatirt ferner als Resultate der Gesetzgebung von 1852 die Ruhe, die Entwicklung des Unterrichts, des Reichthums, die Erhaltung des Friedens und die Achtung Frankreichs, gestützt auf 1,400,000 Soldaten, welche bereit sind, sich an den Grenzen zu zeigen. Das Land sei, schließt der Bericht, von der Diktatur zur ausgedehnten konstitutionellen Freiheit geführt.

Lyon, 24. August. Eingelaufenen Nachrichten zufolge hat in den Schächten von Montebard bei Firminy (Departement Loire) eine Explosion stattgefunden, bei welcher 14 Menschen getödtet wurden.

Florenz, 24. August. Die „Agenzia Stefani“ erklärt die Nachricht, daß der Finanzminister Cambray-Digny eine Konvention mit hiesigen Banquiers behufs Emission von 300 Millionen Kirchengüteranleihe abgeschlossen habe, für unbegründet.

Genua. Vor den italienischen Gerichten schwebt schon seit einiger Zeit ein merkwürdiger Prozeß, in welchem es nunmehr zu einer wichtigen Entscheidung gekommen ist. Bekanntlich nahm der Herzog von Modena, als er im Frühjahr 1859 sein Land verließ, nicht nur seine Truppen, sondern auch eine Anzahl politischer Gefangenen mit sich und schaffte denselben Un-

terkunft in österreichischen Kerker. Diese postumem Opfer der modernen Souveränität belangten bei dem einst modernistischen Gerichte von Massa-Carrara den Herzog auf Entschädigung. Der Herzog schützte die Einrede der Inkompetenz vor. Allein dieser Tage hat der hiesige Appellhof das Urtheil des Gerichts von Massa, welches die Einrede verwirft, bestätigt und erklärt, daß der Herzog zum Schadenersatz verpflichtet sei für jene widerrechtliche Gefangenhaltung, insofern dieselbe gedauert habe nach dem 20. August 1859, d. h. dem Tag, an welchem er durch die modernen Deputirten des Throns für verlustig erklärt worden ist.

Madrid, 24. August. Es wird eine Kabinetskrise erwartet. Die Regierung beabsichtigt, gegen diejenigen Bischöfe, welche sich weigern, den Anordnungen hinsichtlich der carlistischen Bewegung zu gehorchen, strengere Maßregeln zu ergreifen.

— 6000 Mann Verstärkungstruppen werden nach Cuba abgehen.

— Der Bandenchef Müller, ein Pfarrer, ist zum Tode verurtheilt worden. — Im Schooße des Ministeriums sollen, wie einige Zeitungen melden, Mißlichkeiten über die Frage der Kopfsteuer ausgebrochen sein, in Folge deren der Finanzminister Ardanaz die Absicht ausgesprochen habe, zurückzutreten. Sowohl von Seiten einiger Kabinetsmitglieder wie mehrerer Progressisten soll die Thronkandidatur Serrano's in aller Form gestellt werden.

Madrid, 25. August. „Imparcial“ bekämpft, daß die Prälaten, welche keine genügende Antwort bezüglich der carlistischen Bewegung erteilt, dem höchsten Gerichtshof zur Verurtheilung überwiesen werden sollen. Die Prälaten, welche gar nicht geantwortet, sollen dem Staatsrath überwiesen werden. Zu Palma ist eine carlistische Verschwörung entdeckt.

Bukarest, 24. August. Fürst Karl hat sich am 22. d. von der russischen Kaiserfamilie verabschiedet und die Rückreise angetreten. Der Fürst traf am 22. Nachmittags in der Sulina ein und bestieg dort den rumänischen Dampfer „Stephan der Große“, welchen er morgen früh in Oltenia wieder verläßt, um direkt nach der Hauptstadt zurückzukehren. Auf der Donaufahrt beabsichtigt der Fürst die Eisenbahnarbeiten in Galatz und Braila. Morgen Nachmittags trifft der Fürst nach einer Abwesenheit von 11 Tagen wieder in Bukarest ein.

Newyork, 24. August. Die ankommende Dürre ist für das Getreide in den westlichen und südlichen Staaten von großem Nachtheil.

Womachen.

Stettin, 26. August. Von den Gästen, welche im Gefolge des Königs unsere Stadt besuchen sollen, wird Sr. K. Hoh. der Prinz Friedrich Karl bei Herrn Kommerzienrath Kreschmann und der Herr Bundeskanzler Graf Bismarck bei Herrn Kommerzienrath Stahlberg Wohnung nehmen.

— Zur Bewohnung der Manöver des 2. Armee-Korps sind außer den bereits früher genannten fremdländischen Offizieren noch angemeldet aus England: Der Herzog von Manchester, die Generale Stewart und Horeford, die Obersten Warne, Hamley und Torrens, die Kapitäne Hozyer, Maingery, die Obersten Warne, Cameron, Place, Westmoreland und Anderson. Von schwedischen Offizieren werden erscheinen: Major D. de Toll vom Generalstabe und Kapitän A. d'Antarrerona von der Artillerie.

— In Swinemünde hat sich ein Comité gebildet, um den Mitgliedern des Vereins der deutschen Ingenieure bei ihrer beabsichtigten Bergungsfahrt nach Swinemünde dort einen festlichen Empfang zu bereiten.

— Für die Hinterlassenen der im Plauenschen Grunde verunglückten Bergleute findet im Laufe der nächsten Woche im Glysium eine vom Herrn Direktor Hermann veranstaltete Wohlthätigkeitsvorstellung statt.

— Die gefrige ziemlich zahlreich besuchte Versammlung der Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“ im Devantier'schen Lokale nahm in der That ein blutiges Ende. Als erster Gegenstand stand auf der Tagesordnung der Vortrag eines Herrn Strümpel über „das Verhältniß des Arbeiters zum Arbeitgeber.“ Im Laufe desselben gelangte der Vortragende zu einer Erörterung, was er unter geistiger Arbeit verstand und bezog, unter letzterer namentlich auch zu verstehen: „wenn ein Geistlicher sich auf die Kanzel stellt, seinen Zuhörern das Lichtentzihen und daselbst in's Dunkle stellt, was ja auch mancher thäte.“ Diese Deduktion (in welcher unseres Dafürhaltens jedenfalls eine Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Staatsangehörigen gegen einander liegt), gab dem die Versammlung überwachenden Herrn Polizei-Assessor Dr. Baug Veranlassung, dieselbe für aufgelöst zu erklären, was schon mehrfach Widerspruch und Aufreizung zum Weiterreden hervorrief. Nachdem der ebenfalls anwesende Schuhmacher Armbrorst erklärt, daß man sich dem Gesetz fügen müsse, er sich indessen die weitere

Angemeldet: 150 Bispel Weizen, 800 Bispel Roggen.
Regulirungs-Preise: Weizen 75³/₄, Roggen

40 M. Vorm.
Kariolpoß von Pommerensdorf 5 u. 20 M. früh.
Kariolpoß von Züllichow u. Grabow 5 u. 35 M. früh.
Botenpoß von Neu Tornei 5 u. 25 M. fr., 11 u. 25 M.
Vorm. und 5 u. 45 M. Nachm.
Botenpoß von Züllichow u. Grabow 10 u. 45 M. Vorm.,
6 u. 45 Abends.
Botenpoß von Pommerensdorf 11 u. 20 M. Vorm. und
5 u. 50 M. Nachm.
Botenpoß von Grünhof 4 u. 45 M. Nachm., 7 Uhr
15 M. Abends.